



Pressemitteilung *** Gespräch mit Andreas Jung, MdB *** 17.04.2019

Am 17. April trafen sich VertreterInnen von FridaysForFuture, ParentsForFuture und Scientists4Future aus Konstanz, Singen und Radolfzell mit dem Bundestagsabgeordneten Andreas Jung und der Jungen Union um die bundesweiten Forderungen der FridaysForFuture Bewegung zu besprechen. Die sechs Forderungen lauten:

- Nettonull der CO₂-Emissionen bis 2035
- Kohleausstieg bis 2030
- 100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Brennstoffe (diese belaufen sich aktuell auf 46 Mrd Euro^[1])
- Abschalten von ¼ der Kohlekraft
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch entstehen. Laut UBA sind das 180 € p.t. CO₂^[2].

Andreas Jung pflichtete den Jugendlichen bei, dass dem Klimaschutz eine sehr hohe Priorität eingeräumt werden muss. Diese Botschaft wolle er nach Berlin tragen. Insbesondere die CO₂-Steuer werde er dort versuchen durchzubringen. Allerdings wolle er nicht mit konkreten Zahlen in die Verhandlungen zur Einführung der CO₂-Steuer gehen. Manuel Oestinger von FridaysForFuture betonte deshalb noch einmal: *„Unsere Forderungen sind notwendige Minimalforderungen. Sie sind so formuliert, dass kein Spielraum nach oben besteht.“* Noemi Mundhaas, Pressesprecherin von FridaysforFuture ergänzte: *„Die Physik verhandelt nicht. Wenn wir weniger als diese Forderungen umsetzen, werden voraussichtlich Kipppunkte im Klimasystem überschritten und die 1,5 °C Grenze kann nicht eingehalten werden.“* Alle Seiten betonten die Notwendigkeit schnell zu handeln, um vergangene Versäumnisse aufzuholen und eine globale Katastrophe zu verhindern.

Mundhaas bedankte sich im Namen von FridaysForFuture bei Andreas Jung und der Jungen Union für das konstruktive Treffen, man freue sich bereits auf das nächste Treffen im Herbst indem über den bis dahin geschafften Fortschritt bei der Umsetzung gesprochen werden soll.



[1] Florian Zerzawy, Swantje Fiedler und Alexander Mahler, Subventionen für fossile Energien in Deutschland, Hamburg im Juni 2017, Eine Studie vom FÖS im Auftrag von Greenpeace

[2] Dr. Astrid Matthey, Dr. Björn Bünger, Methodenkonvention 3.0 zur Ermittlung von Umweltkosten, Umweltbundesamt, Dessau Roßlau